

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzung: Mittwoch, 31.08.2022

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:31 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Burim Mehmeti - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

Vertretung für: Frau Antoinette von Gronefeld

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

ab 15: 14 Uhr

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

Herr Stefan Wirtz - AfD

Vertretung für: Frau Anneke vom Hofe

sachkundige Bürger

Herr Godehard Busche - CDU

Verwaltung

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65

Frau Annette Parchem - StL 50.22

Frau Merle Spanuth - Dezernat VIII

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD	entschuldigt
Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE	entschuldigt
Frau Antoinette von Gronefeld - CDU	entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Frau Anneke vom Hofe - AfD	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Wulf Groth - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Hans-Joachim Jäger - CDU	entschuldigt
Frau Christiane Kraatz - B90/GRÜNE	entschuldigt
Frau Jana Kurz - SPD	entschuldigt
Herr Leonhard Pelster - SPD	entschuldigt
Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.	entschuldigt
Herr Thomas Röver - Vertreter der Umweltverbände	entschuldigt

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII	entschuldigt
Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III	entschuldigt
Frau Bianca Winter - RefL 0600	entschuldigt
Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61	entschuldigt

Protokollführung

Frau Julia Matos - Ref. 0600	entschuldigt
------------------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
- 3 Zustimmung zur Anmietung des Hotels Vienna House Easy für die Unterbringung von Geflüchteten und Kriegsvertriebenen 22-19293
- 4 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er informiert, dass Stadtbaurat Leuer entschuldigt fehlt. Stadtrat Herlitschke wird vertreten durch Herrn Eckermann. Ratsfrau Johannes und Ratsherr Jonas fehlen entschuldigt. Ratsfrau von Gronefeld wird vertreten durch Ratsherr Köster, Ratsfrau vom Hofe durch Ratsherr Wirtz. Herr Röver (Vertreter der Umweltverbände) sowie die Bürgermitglieder Frau Kraatz, Herr Pelster und Herr Jäger fehlen entschuldigt.

Als Guest der Sitzung begrüßt der Ausschussvorsitzende Frau Parchem (Fachbereich Soziales und Gesundheit).

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen.

2. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

3. Zustimmung zur Anmietung des Hotels Vienna House Easy für die Unterbringung von Geflüchteten und Kriegsvertriebenen

22-19293

Herr Eckermann führt in die Vorlage ein.

Ratsfrau Jalyschko erklärt ihre Zustimmung zur Vorlage, da die Anmietung des Hotels aus ihrer Sicht alternativlos ist. Aufgrund der unsicheren Flüchtlingssituation bewertet sie das beabsichtigte Freizeiten der Turnhallen jedoch kritisch.

Ratsherr Dr. Piest begrüßt die Anmietung des Hotels. Er verweist darauf, dass in nächster Zeit ein Anstieg der Zuweisungszahlen zu erwarten ist und bittet um Aussage, wie dies bei einer Schließung der Sporthallen aufgefangen werden soll.

Herr Eckermann verweist darauf, dass die Entwicklung mittelfristig nicht vorhersehbar ist. Es ist Ziel der Verwaltung, einerseits mit dem Hotel über eine verlässliche Unterkunft zu verfügen, andererseits aber auch den bislang eingeschränkten Nutzungen wie beim Schulsport wieder Möglichkeiten zu eröffnen. Ein verbindlicher Termin für die Schließung von Sporthallen in ihrer Funktion als Unterkunft von Geflüchteten und Kriegsvertriebenen kann jedoch noch nicht genannt werden.

Auf Nachfrage von Ratsherr Knurr informiert Frau Parchem, dass das Hotel nur für geflüchtete Personen aus der Ukraine als Unterkunft dient.

Ratsherr Tegethoff bittet die Verwaltung, diese Vorlage und auch künftige Vorlagen in diesem Kontext dem Ausschuss für Vielfalt und Integration ebenfalls zur Kenntnis zu geben.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 15:12 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Dr. Piest fragt vor dem Hintergrund möglicher weiterer Zuweisungen, ob die Verwaltung dazu aufrufen wird, Privatunterkünfte zur Verfügung zu stellen.

Frau Parchem hebt hervor, dass die Unterbringung von Geflüchteten zunächst eine städtische Aufgabe ist. Die Verwaltung ist hierfür gut aufgestellt und verfügt über ausreichende Kapazitäten. Ungeachtet dessen steht es Privatpersonen frei, Geflüchtete aufzunehmen.

Ratsherr Kühn verweist auf die Aussage, die Sporthalle Naumburgstraße weiterhin zu nutzen und erinnert an die Auswirkungen auf Sportvereine, die diese Halle bislang genutzt haben. Er fragt die Verwaltung nach den Möglichkeiten der Unterstützung und verweist hierzu auf die Sportstätten im Bereich des Hotels, die den Sportvereinen zu bestimmten Zeiten zur Verfügung gestellt werden könnten.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 15:14 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Parchem erklärt, dass sich die betreffenden Räumlichkeiten in einem baulich schlechten Zustand befinden. Im Übrigen sind die Räume auf Wunsch der Vermieterin nicht Bestandteil des Mietvertrages, eine Nutzung ist daher ausgeschlossen.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 15:15 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Mundlos bittet um Auskunft zur Alters- und Geschlechterstruktur der Flüchtlinge.

Frau Parchem erklärt, dass der überwiegende Teil der Kriegsvertriebenen Frauen mittleren Alters sind. Etwa 30 Prozent der untergebrachten Personen sind Kinder und Jugendliche. Eine geringere Gruppe älterer Menschen befindet sich ebenfalls unter den Vertriebenen.

Beschluss:

Der Anmietung des Hotels Vienna House Easy für die Unterbringung von Geflüchteten und Kriegsvertriebenen für einen Zeitraum vom 01.10.2022 bis 26.03.2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Anfragen

Ratsherr Kühn führt aus, dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in Braunschweig die Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte diskutiert und geprüft wurde. Als ein möglicher Standort stand im Bereich Rautheim eine Fläche nördlich der Braunschweiger Straße in Rede, die landwirtschaftlich genutzt wird und sich in städtischem Besitz befindet.

Er fragt:

1. Wie ist der Status der Prüfung, ob der Standort Rautheim für eine Flüchtlingsunterkunft geeignet ist?
2. Wann ist mit einem endgültigen Ergebnis zu rechnen?
3. Welche anderen Entwicklungsmöglichkeiten für die in Betracht gezogene Fläche gibt es, zum Beispiel als Fläche für Infrastruktur für Sportvereine (Sportplatz/Kalthalle/oder ähnliches)?

Herr Eckermann beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Standort Rautheim wurde bereits im Standortkonzept 2015 (DS 15-01259) untersucht und für grundsätzlich geeignet befunden. Eine abschließende Beurteilung steht jedoch noch aus. Aus bauplanungsrechtlicher Sicht gilt für das angefragte Grundstück der seit 1997 rechtsverbindlichen Bebauungsplan „Gewerbegebiet Rautheim-Nord“, RA 13. Dieser setzt in diesem Bereich eine öffentliche Grünfläche fest, die in Teilen auch dem Ausgleich und Ersatz dient. Die angefragte Nutzung widerspricht insofern dem geltenden Planungsrecht. Angesichts der nationalen und drängenden Aufgabe bei der Flüchtlingsunterbringung ist im Baugesetzbuch allerdings eine Sonderregelung für Flüchtlingsunterkünfte geschaffen worden. Diese ermöglicht für die Errichtung von mobilen Unterkünften bis zum 31. Dezember 2024 eine auf längstens drei Jahre zu befristende Befreiung von den Festsetzungen eines Bebauungsplans, sofern die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Für eine solche zeitlich befristete Abweichung vom Planungsrecht spricht, dass die Unter-

bringung von Flüchtlingen einen öffentlichen Belang im Sinne des Allgemeinwohls darstellt, dem ein hohes Gewicht beizumessen ist, zumal die Fläche bereits seit einigen Jahren landwirtschaftlich genutzt wird. Aus städtebaulicher Sicht kann die Befreiung für eine befristete mobile Einrichtung unter diesen Umständen befürwortet werden. Eine Änderung des bestehenden Planungsrechts, um am vorgesehenen Standort die dauerhafte Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft zu ermöglichen, kann kurzfristig nicht in Aussicht gestellt werden.

Zu Frage 2:

Aktuell prüft die Verwaltung die Schaffung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten, um dem voraussichtlich weiter steigenden Unterbringungsbedarf gerecht zu werden. Der Standort Rautheim ist Teil dieser Prüfung. Diese verwaltungsinterne Prüfung ist aktuell jedoch noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 3:

Die Sonderregelung für eine zeitlich befristete Abweichung vom Planungsrecht ist vom Gesetzgeber auf mobile Flüchtlingsunterkünfte beschränkt worden. Aus planungsrechtlicher Sicht werden derzeit insofern keine anderweitigen Entwicklungsmöglichkeiten gesehen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn bestätigt Herr Eckermann, dass für eine künftige Nutzung der betreffenden Fläche z. B. als Sportstätte eine Änderung des Bebauungsplans RA 13 erforderlich ist.

Protokollnotiz: *Die Sportverwaltung sieht grundsätzlich und insbesondere vor dem Hintergrund des in Aussicht genommenen neuen Baugebietes und den Nutzerwünschen des örtlichen Sportvereins einen Bedarf an potentiellen Sporterweiterungsflächen im Bereich Rautheim. Geeignete Flächen sind daraufhin unter Abwägung der verschiedenen Interessen nach verwaltungsinterner Abstimmung zu überprüfen.*

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 15:31 Uhr.

gez. Kühn	gez. Eckermann	gez. Ender
Kühn - Vorsitz -	Eckermann - Fachbereichsleiter -	Ender - Schriftführung -